

Wirtschaftskorrespondenz

FÜR POLEN

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Walde, Breslau I.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Zloty, im Ausland 2,00 Goldmk. monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr. Katowice, M. Pilsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jegliche Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. VI

Katowice, am 8. Juni 1929

Nr. 28

Die Tätigkeit der Rada Naczelna im Jahre 1928

(Schluss).

Die veränderten Verhältnisse im Berichtsjahre haben eine Reihe von Problemen aufgerollt, die ihre Lösung verlangen. Dadurch, dass in dieser Richtung positive Erfolge erzielt worden sind, hat sich aus der Natur der Sache die engste Zusammenarbeit der Rada Naczelna Związku drzewnych w Polsce mit den Einzelpersonen und Gruppen als erforderlich herausgestellt, die nach Schaffung von Bedingungen streben, die die normale Entwicklung der Holzindustrie ermöglichen.

Die Grundbedingung für eine normale Entwicklung der Holzindustrie ist die Sicherstellung der dauernden und bedeutenden, mengenmässigen Schwankungen nicht unterliegenden Zuganges von Rohmaterial zu Preisen, die den Absatz von Sägewerksmaterialien auf die Abnehmerländer ermöglichen. Daher die ungeheure Bedeutung einer rationalen Waldwirtschaft und einer rationalen Preispolitik für Rohstoffe. Das erste dieser Probleme hat die Aufmerksamkeit der Rada Naczelna auf sich gelenkt, als die massgebenden Faktoren eine Diskussion über das Thema der rationalen Wald- und Holzpolitik des Staates eröffneten. Das diesem Problem gewidmete erschöpfende Referat des Präsidenten der Rada Naczelna, das für die Gutachterkommission beim Präsidium des Wirtschaftskomitees der Minister bearbeitet worden ist, enthielt eine Reihe grundsätzlicher Hinweise.

Das Problem der Preispolitik für Rohholz hat besondere Schärfe angenommen im Zusammenhang mit der gesamten Lagerung der Verhältnisse, die eine Verletzung der eigentlichen Proportionalität zwischen den Preisen für nicht bearbeitetes Holz und für Sägewerksmaterial erkennen liess. Die Verkaufspolitik des Landwirtschaftsministeriums, die einen besonders krassen Ausdruck in einer Reihe von Erhöhungen der Taxen im Verhältnis zu den Kontrahenten der Staatswälder fand, liess die begründete Befürchtung aufkommen, dass die daraus sich ergebende Preiserhöhung für Rohmaterial unter völliger Ausserachtlassung der elementaren Forderungen der Marktkonjunktur, die Forcierung der Ausfuhr von Holz paralytisch. Die Rada Naczelna hat es damals als ihre Pflicht angesehen, das besprochene Problem vom Standpunkte der Interessen der Gesamtwirtschaft des Landes zu beleuchten. Ihr grundsätzlicher Standpunkt fand Ausdruck in einer Reihe gründlich bearbeiteter Denkschriften ans Landwirtschaftsministerium, an die Handelskammer in Warszawa, die sie durch Besprechung der tatsächlichen Argumente von der Notwendigkeit der Beseitigung der in ihren Folgen gefährlichen Verkaufspolitik zu überzeugen versuchte. Es ist angebracht, hervorzuheben, dass in den Beziehungen zwischen den Kontrahenten und der Verwaltung der staatlichen Wälder letzthin sich eine gewisse Entspannung bemerkbar gemacht hat, die unzweifelhaft die Beseitigung der verwickelten Situation erleichtert, die bei langfristigen Verträgen sich ergab.

Unter Zugrundelegung dieser Angelegenheiten gewannen die Fragen der allgemeinen Holzpolitik derartig lebendige Aktualität, dass die Rada Naczelna sich gezwungen sah, Möglichkeiten zu ihrer Beleuchtung vor breiten Wirtschaftskreisen zu suchen. Die zu diesem Zwecke in Angriff genommene Aktion führte zur Abhaltung einer Konferenz auf dem parlamentarischen Gebiete.

Wie aus dem allgemeinen Bericht ersichtlich, ist die Holzindustrie in hohem Masse ungenügend mit flüssigen Umsatzmitteln versehen. Die überaus spezifischen Bedingungen, unter denen die Holzunternehmen arbeiten, erschweren ihnen den Zutritt zu den Kreditstellen, die mehr oder weniger die Bedürfnisse anderer Industriezweige dieser Art befriedigen. Daher ergibt sich

Stand der polnischen Getreidewirtschaft

Von Dr. Hermann Steinert.

Polen hat dem internationalen Getreidemarkt in den letzten Jahren meistens im Frühjahr Ueberraschungen gebracht. Im Frühjahr 1927, ebenso wie 1928 stellte sich unerwartet ein grosser Einfuhrbedarf an Getreide heraus; so wurden 1927 vom Februar bis Juni 200 000 t. Weizen, 94 000 t. Roggen, 36 000 t. Hafer und 92 000 t. Mais eingeführt, 1928 in der gleichen Zeit 141 000 t. Weizen, 87 000 t. Roggen, 9 000 t. Hafer und 32 000 t. Mais. Für 1929 hat man wohl allgemein mit der Möglichkeit gerechnet, dass Polen wieder stark als Käufer auftreten würde, da die Ernte recht ungünstig ausgefallen ist. Der Ernterückgang ist aber durch eine erhebliche Vergrösserung der Anbaufläche ausgeglichen worden. So stieg die Weizenanbaufläche um mehr als 10 Proz. auf 1 290 000 ha, die Roggenfläche um fast 7 Proz. auf 5 341 000 ha, die Gerstenfläche um allerdings um 80 000 auf 1 156 000 ha und Haferfläche um fast 600 000 auf 2 038 000 ha zurück. Nach der amtlichen Statistik war dabei jedoch die Gerstenernte ebenso gross auf den ha wie im Vorjahr (13,2 dz), während der Rückgang des Ertrages bei den anderen Sorten nur ganz gering ist. Man hat daher berechnet, dass 135 800 t. Weizen und 421 800 t. mehr Roggen als im Vorjahr geerntet wurden.

Da infolge der schlechteren Wirtschaftslage eine wesentliche Verbrauchssteigerung nicht eingetreten ist, so würde die Mehrernte ungefähr dem Einfuhrbedarf der vorigen Saison entsprechen. Ganz reicht sie allerdings wohl doch nicht aus, weil die Qualität der Ernte schlechter war. Aber dafür sprechen noch andere Umstände gegen einen Einfuhrbedarf. Vor allem fällt ins Gewicht, dass die letzte Ernte um 3 bis 4 Wochen verspätet war. Man musste dafür länger als sonst Getreide einführen, aber man hat dafür nun auch noch grössere Vorräte, die länger reichen. Die Vorräte sind also auf jeden Fall grösser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ferner spricht mit, dass man dauernd erhebliche Weizenmengen eingeführt hat, um nicht gerade in der ungünstigsten Zeit auf die Einfuhr angewiesen zu sein. In der Zeit vom September 1928 bis März 1929 beträgt die polnische Weizeneinfuhr 42 000 t., ausserdem wurden auch 11 000 t. Roggen eingeführt. Die Regierung hat laufend in mässigem Umfang Einfuhrerlaubnis erteilt, wodurch die Gefahr einer Knappheit von vornherein stark eingeschränkt war.

Schliesslich hat man die Ausfuhr in dieser Saison für Roggen und Weizen völlig unterbunden. Wiederholt hat sich der Handel um die Genehmigung einer grösseren Roggenausfuhr bemüht, ohne dass die Regierung darauf einging. Abgesehen von ganz kleinen Partien, die in den letzten drei Monaten ausnahmsweise für die Ausfuhr freigegeben wurden — insgesamt etwa 4000 t. —, blieb die Ausfuhr von Roggen unterbunden. Die etwas grösseren Partien Roggen, die in den letzten beiden Monaten über Danzig zur Ausfuhr kamen, waren nicht polnischer Herkunft, sondern stammten hauptsächlich aus Pommern.

In Roggen und Weizen steht also die volle polnische Ernte für einen vorläufigen um fast einen Monat kürzeren Verbrauchsabschnitt zur Verfügung. Es ist

die Notwendigkeit zur Schaffung möglichst elastischer Formen der Kredithilfe, die den Grundbedingungen der Holzproduktion angepasst sein muss.

Die Erfahrungen des vergangenen Zeitraums weisen darauf hin, dass es notwendig ist, ein besonderes Kreditinstitut ins Leben zu rufen. Die in dieser Richtung geführten Untersuchungen, die das eigens ins Leben gerufene Organisationskomitee der Holzbank geleitet hat, bestärkte die Ueberzeugung, dass das beabsichtigte Bankinstitut erst dann seine weitgehenden Aufgaben bei der planmässigen Kreditaktion für die Holzindustrie erfüllen kann, wenn es über eine entsprechende Grund-

daher anzunehmen, dass die Weizeneinfuhr im bisherigen kleinen Umfang fort dauert, während eine Roggen-einfuhr nicht in Frage kommt. Man rechnet eher mit einem kleinen Roggenüberschuss. Sollte die neue Ernte sich nicht zu schlecht anlassen und nicht wieder erheblich verspätet, so wird sogar noch eine Roggenausfuhr von etwa 20 000 t. erwartet. Eine Freigabe für die Ausfuhr kommt aber kaum vor Juni in Frage, bevor man nicht genau übersehen kann, wie sich Vorräte und Ernteaussichten gestalten.

Eine Ueberraschung war die grosse Gerstenauf-fuhr trotz im ganzen mindestens nicht vergrösserter Ernte. Von September bis März wurden in der laufenden Saison schon 109 000 t. Gerste ausgeführt gegen nur 45 000 t. in der gleichen Zeit des vorigen Erntejahres. Voraussichtlich werden bis zur neuen Ernte noch ca. 30 000 t. Gerste ausgeführt gegen nur 45 000 t. in der gleichen Zeit des vorigen Erntejahres. Voraussichtlich werden bis zur neuen Ernte noch ca. 30 000 t. Gerste zur Ausfuhr gelangen, vielleicht auch noch mehr. Die Zunahme der Ausfuhr ist hauptsächlich auf die bessere Qualität der Gerstenernte zurückzuführen. Im vorigen Erntejahr war die Gerstenqualität ausgesprochen schlecht, der Absatz dadurch sehr erschwert sodass die Ausfuhr überhaupt nur stockend in Gang kam. In diesem Jahre ist das Bild ganz anders, die gute Qualität hat die Ausfuhr sehr gefördert. Die Anlieferungen für Ausfuhrzwecke sind aber seit März schon ins Stocken geraten. Es sind noch genügend Vorräte in Polen vorhanden, doch zeigen die Verkäufer mit Rücksicht auf die unsicheren und zum Teil ausgesprochen schlechten Berichte über den Saatensstand immer mehr Zurückhaltung.

Der starke Rückgang der Haferernte hat wohl zeitweise zu einer gewissen Futtermittelknappheit geführt, hat aber keine Einfuhr von Hafer zur Folge gehabt. Diese ist vielmehr ganz unbedeutend geblieben. Für den Ausfall an Futtermitteln, der sich aus der schlechten Haferernte ergibt, bietet zum Teil eine bedeutende Vergrösserung des Anfalls an Rübenschnitteln und Melasse einen Ausgleich. Die Zuckerrübenerte war ja um etwa 12 Proz. grösser als im Vorjahre. Mit einer grösseren Haferernte ist auch für die Zukunft nicht zu rechnen.

Trotz der schlechteren Futtermittelernte hat sich die Einfuhr von Mais erheblich vermindert, der sich für Polen zu teuer stellt. Vom September bis März wurden nur knapp 13 000 t. Mais eingeführt gegen 36 000 t. in der gleichen Zeit der vorigen Saison. Die bedeutend verschärfte Geldknappheit wird auch weiter das Maisgeschäft ungünstig beeinflussen.

Einen Lichtblick bietet die gute Ernte an Hülsenfrüchten, die zu einer bedeutenden Zunahme der Ausfuhr von Erbsen und Bohnen geführt hat. Vom September bis März sind über 34 000 t. Erbsen und 28 000 t. Bohnen ausgeführt worden gegen 20 000 t. Erbsen und 20 000 t. Bohnen in der gleichen Zeit der Saison 1927/28. Die Vorräte an Hülsenfrüchten sind jetzt nicht mehr gross, sodass die Ausfuhr langsam zurückgeht.

lage eigener Kapitalien verfügen wird. Gleichzeitig hat man jedoch die Ueberzeugung gewonnen, dass mit Rücksicht darauf, dass sich die allgemeine Situation der Holzindustrie unzweifelhaft verschlechtert, die Anhäufung entsprechender Fonds über die Möglichkeiten dieser Industrie weit hinausgeht.

Im Laufe der Entwicklung der allgemeinen Situation haben sich die allseitig fühlbaren Kredit-schwierigkeiten vertieft. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Bedarfs ist die Rada Naczelna an die Leitung der Bank Gospodarstwa Krajowego mit einer ausführlichen Vorlage herangetreten, worin sie die Mo-

bilisierung grösserer Mittel aus dem Fonds der Bank zum Zwecke einer Kredithilfe für die Holzindustrie eingehend begründete.

Die Erfahrungen, die sich aus der Verbindung mit der Bank Gospodarstwa Krajowego ergeben haben, liessen das unbefriedigende Ergebnis auf Schaffung eines möglichst elastischen Rechtsinstruments mehr denn je in den Vordergrund treten, das die Erfordernisse auf Sicherung der Interessen des Gläubigers mit einer grösseren Freiheit des industriellen Schuldners, bezüglich der Verfügungsgewalt über das verpfändete Rohholz in Uebereinstimmung bringen soll. Dieser grundsätzlichen Aufgabe entspricht, das im Einvernehmen mit der Rada Naczelną bearbeitete Projekt des Registerpfandes am Holz. (In allgemeinen Umrissen auf der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. III. 1927 über das Landwirtschaftspfand aufgebaut). Das betr. Gesetzesprojekt soll nach endgültiger Uebereinstimmung des Ministerrats in nicht allzulanger Zeit dem Marschall vorgelegt werden. (Hier bereits wiederholt behandelt. Die Red.).

In dem Berichtsjahr wurde die Reform des Warentarifs der polnischen Staatsbahnen aktuell. Diese Reform geht in zwei grundsätzlichen Richtungen: 1. Umbau der Konstruktion des gesamten Warentarifsystems und 2. Erhöhung der bisher geltenden Tarifsätze.

Beide Probleme haben sich als gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit herausgestellt. Das bisherige System der Warentarife, das ganz geringe Unterscheidungen kennt, konnte keineswegs befriedigen, noch die Bedürfnisse der fortwährend sich steigenden Warenzirkulation im Inland, wie der zunehmenden Ausfuhr und Einfuhr berücksichtigen. Die gleichzeitige Belegung und wirtschaftliche Ausbreitung des Landes, das allmähliche und dauernde Eindringen in das europäische Wirtschaftssystem erfordern eine Vergrösserung und Verbesserung der bestehenden Eisenbahnlinien.

Die Mittel hierzu sollen in hohem Masse gerade auf dem Wege der Erhöhung des Warentarifs geschaffen werden. Ueberdies wird die Abänderung der Tarifsätze im Sinne ihrer Erhöhung mit dem Umstand begründet, dass nach der letzten Währungsstabilisierung das gesamte Wirtschaftsleben bereits längst die Preise seiner Erzeugnisse in entsprechendem Verhältnis zur Geldentwertung valorisiert hat, während die Höhe der Eisenbahnfrachtsätze, die in vollwertiger Valuta aufgestellt sind, unverändert geblieben ist. Die daraus entstandene unterschiedliche Spannung zwischen dem tatsächlichen Warenpreisniveau und den nominellen Tarifsätzen, schuf bedeutende Schwierigkeiten für die weitere, hinreichende Entwicklung der Eisenbahn.

Die wirtschaftlichen Faktoren, die von der Rada Naczelną vertreten werden, nahmen in richtiger Erkenntnis der Situation, in der sich die Eisenbahnen befanden, auf Einladung des Büros für Reform der Tarife des Verkehrsministeriums an den Arbeiten, die eine Abänderung der bisher bestehenden Holztarife zum Ziele hatten, tätigen Anteil. Die Zusammenarbeit, die sich in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens vollzog, beiderseits sachlich behandelt, führte zur Aufstellung eines soweit wie möglich befriedigenden Systems der Sachtarife. Dieses System wurde vor allem unter den Gesichtspunkt der Berücksichtigung der Forderungen einer gebührenden Entwicklung, der das Rohmaterial veredelnden Holzindustrie behandelt. Es ist dies unzweifelhaft der grösste Wert des projektierten Systems der Holztarife. Als Streitfragen, bei denen sich kein Einverständnis erreichen liess, ergaben sich die Fragen der Höhe der Steigerung, mit der das Holz evtl. belastet werden wird, sowie des Termins des Inkrafttretens des neu erhöhten Eisenbahntarifs. Es ist angebracht festzustellen, dass nach Meinung der interessierten Kreise die schwere Situation, in der sich die Holzindustrie befindet, eine ausgiebige Erhöhung der Frachttarife für Holz nicht zulässt. Besonders zwingen die Bedingungen der Holzindustrie dazu, den Anfang der Abholzung als denjenigen Termin, in denen die neuen Tarife eingeführt werden sollen, hinauszuschieben.

Die im allgemeinen Teil des Berichtes skizzierte Veränderung in der Orientierung des Holzexports erhöhte in entscheidendem Masse die Bedeutung der Normalisierung des Holzverkehrs zwischen Polen und Deutschland. Bis zum Herbst 1928 wurde diese Frage mit dem gesamten Problem verknüpft, die ihre letzte Lösung im Rahmen des polnisch-deutschen Handelsvertrages finden sollten. Als jedoch die im Oktober erneut eingetretene Unterbrechung in den Verhandlungen die Möglichkeit einer baldigen Unterzeichnung des ganzen Vertrages hinausschob, entstand das Bedürfnis nach Erneuerung des Holzprovisoriums. Die Initiative gab dazu die Rada Naczelną durch Anknüpfung direkter Beziehungen zu den massgebenden Vertretern der organisierten deutschen Industrie. Die erste inoffizielle Berührung, die mit dem Verein ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke E. V. angeknüpft wurde, berechtigte zu der Schlussfolgerung, dass die Möglichkeit bestehe in dieser Beziehung die Wünsche der polnischen und deutschen Holzkreise miteinander in Uebereinstimmung zu bringen. Angesichts dieser Feststellung hielt es die Rada Naczelną für angebracht, die offiziellen Vertreter der deutschen Industrie nach Warschau zu gemeinsamen Beratungen einzuladen, die einen Ausgleich der Grundsätze zum Ziele hatten, auf der sich das zukünftige polnisch-deutsche Holzabkommen stützen müsste. Die am 12. Dezember cr. stattgefundene Konferenz, an der offiziell bevollmächtigte Vertreter der Rada Naczelną und des Vereins ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke, E. V. teilnahmen, führte zur Unterzeichnung des Protokolls, das die gemeinsamen Forderungen hinsicht-

lich des zukünftigen Abkommens festlegte. Das Protokoll sprach sich vor allen Dingen für die Aufhebung der Kontingentierung der Einfuhr von Schnittmaterial aus, was unzweifelhaft im Vergleich zum Provisorium im Jahre 1927 einen Fortschritt bedeutet (dieses hatte ein Kontingent für Schnittmaterialien vorgesehen). Die deutschen Delegierten sprachen sich ebenso dafür aus, dass Polen ein Kontingent für Einfuhr von Dikten und Fournieren erteilt werde (in Gesamthöhe von 25.000 cbm), forderten jedoch als Ausgleich eine bestimmte Ermässigung der geltenden Ausfuhrzollsätze für Erlenholz.

Die Unterzeichnung des Protokolls öffnete der Initiative der polnischen Regierung den Weg, die der deutschen Regierung den Abschluss eines neuen Holzabkommens auf diplomatischem Wege als den kürzesten vorschlug. Der Vorschlag der polnischen Regierung fand grundsätzlich seitens des deutschen Aussenministeriums geneigte Annahme. In der Folge jedoch verband die deutsche Delegation die Frage des Provisoriums mit der Erledigung einer Reihe von Vorfragen des zukünftigen Handelsvertrages durch die polnische Regierung. Dies bedeutete in der Praxis eine sehr beachtliche Verwirrung der Angelegenheit. Die Unterzeichnung des neuen Abkommens wurde vertagt. Nach Erlöschen des am 18. XII. 1927 abgeschlossenen Provisoriums entstand eine völlige Unsicherheit über die Aussichten des Holzexports nach den deutschen Märkten. Bei einem derartigen Stande der Dinge hielt es die Rada Naczelną für ihre Pflicht, alle zu Gebote stehenden Mittel zur Klärung der Situation anzuwenden. In einer Reihe von Konferenzen mit den Vertretern der Regierung lenkten die Vertreter der Rada Naczelną das Augenmerk der Anwesenden darauf, dass das neue Holzabkommen nur dann seine Aufgabe erfülle, wenn es nicht später, als Mitte Januar zustande komme. Nach Ablauf dieser Frist, die nach einstimmiger Meinung der Holzkreise als endgültig anzusehen war, würde die Frage des zukünftigen Abkommens ihre reale Bedeutung verlieren. In demselben Geiste wurde ein Schreiben an den deutschen Verband der Holzindustriellen (Verein Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke E. V.) gerichtet, das unzweifelhaft zur Orientierung der interessierten Kreise jenseits der Grenze beigetragen hat.

Gleichzeitig wurde beschlossen nach Warschau für den 15. Januar 1929 eine aussergewöhnliche Delegiertenversammlung einzuberufen. Der Zweck dieser Tagung sollte darin bestehen, einen Ausweg zu finden für den Fall der Nichtunterzeichnung des neuen Holzabkommens. Die Tagung fand zum festgesetzten Termin im Zeichen einer noch ungeklärten Situation statt. Das Gefühl für die Tatsachen liess mit der Gefahr unliebsamer Ueberraschungen von Seiten des deutschen Kontrahenten rechnen. Ein Ausdruck für die Beurteilung der überaus wichtigen Situation und gleichzeitig ein Beweis für die Bereitschaft der organisierten Holzindustrie waren die einmütig gefassten Resolutionen, die sich für eine Schliessung der Grenze für den Export unverbearbeiteten Holzes nach Deutschland aussprachen. Die erwähnten Resolutionen, die von der grossen Geschlossenheit der Holzindustrie Zeugnis ablegten, trugen unzweifelhaft zur Beschleunigung einer positiven Entscheidung der deutschen Regierung bei, die die Unterzeichnung des neuen Holzabkommens 4 Tage später gestattete. Das für das Jahr 1929 abgeschlossene vorläufige Abkommen über die Regelung des Holzverkehrs zwischen Polen und Deutschland stützte sich, ähnlich wie das frühere Abkommen, auf den Grundsatz der Kontingentierung der Einfuhr von Schnittmaterial, das jedoch mit Rücksicht auf die wahrscheinlich angegebene Ermässigung des Angebots von Rohholz sicherlich keinen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung des Holzexports im Jahre 1929 haben wird.

Dies ist in groben Umrissen die Bilanz der Jahresarbeit der Rada Naczelną gemeinschaftlich mit dem regionalen Verbände. Einige ihrer Pläne sind z. Zt. über das Stadium der Vorbereitungsarbeiten nicht hinaus gekommen, andere, die aus der Natur der Sache einen längeren Zeitablauf erfordern, erwarten ihre endgültige Lösung. Allgemein lässt sich sagen, dass die Arbeiten unzweifelhaft mit einem Aktiv-Saldo abschliessen. Trotz grosser Schwierigkeiten, die die Initiative hemmten, hat die Rada Naczelną in den Grenzen realer Möglichkeiten ihre Aufgabe erfüllt und durch ihren tätigen Anteil an der Verwirklichung überaus bedeutender Pläne den Nachweis erbracht, dass sie ein für den weiteren, normalen Ausbau der Holzindustrie unentbehrlicher Faktor ist.

Verbandsnachrichten

Am 29. Mai cr. fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Arbeitgeberverbandes, des Verbandes der oberschlesischen Sägewerke mit dem Związek handlarzy drzewa i przemysłowców Woj. Śl. in der Angelegenheit der Gründung eines Arbeitgeberverbandes für die Sägewerke und den Holzhandel statt. Bisher bestand ein Arbeitgeberverband der Sägewerke, der sämtliche Sägewerke auf polnischen und deutscher Seite vereinigte und eigentlich den Holzhandel nicht umfasste.

Nach eingehender Aussprache in der obigen Angelegenheit wurde beschlossen, einen abgesonderten Arbeitgeber-Verband der Sägewerke und des Holzhandels zu gründen.

Anschliessend an diese Sitzung fand eine Sitzung des Związek handlarzy drzewa statt, in der Herr Dr. Lampel nach Teilnahme an der Delegiertenversammlung der Rada Naczelną Związków Drzewnych w Polsce in Warschau in der Angelegenheit der beabsichtigten Schaffung eines Holzexportunternehmens durch die staatlichen Wälder über den Verlauf der obigen Sitzung, berichtete

Sitzung der Handelskommission in Steuerangelegenheiten in der Handelskammer.

Am 31. Mai d. Js. fand die Sitzung der Handelskommission für Steuerangelegenheiten in der hiesigen Handelskammer mit folgender Tagesordnung statt:

1. Versteuerung von Grubenholz für die Jahre 1927 und 1928,
2. Wahl der Sachverständigen für den Finanzausschuss zur Kommission zwecks Feststellung der Normen des durchschnittlichen Einkommens,
3. a) die Angelegenheit der formellen Voraussetzung, von welcher die Anerkennung des Kaufmanns als Kommissionär abhängig ist,
b) Besteuerung von Kommissionären, die sich mit dem Export befassen,
4. Angelegenheit der Frist zur Erledigung der Reklamationen durch die Finanzämter und Berufungskommissionen.

Ad 1. In der Angelegenheit der falschen Interpretation des Gesetzes bei Anwendung des Steuersatzes für Grubenholz auf Grund eines Rundschreibens des Finanzministers, worüber wir in Nr. 26 vom 25. Mai d. Js. berichteten, wandte sich der Związek handlarzy drzewa i przemysłowców Woj. Śl. an die bei der Handelskammer amtierenden Handelskommissionen in Steuerangelegenheiten zwecks Vornahme entsprechender Schritte. Auf diese Veranlassung hin wurden der Vorsitzende des Związek handlarzy drzewa i przemysłowców, Herr Direktor H. Klein, und die Geschäftsführung zur obigen Sitzung eingeladen.

Herr Dr. Lampel referierte in dieser Angelegenheit und wies auf Grund eines ausführlichen Materials die Gefahr nach, welche bei der Anwendung dieses Rundschreibens, nicht nur bei Besteuerung von Grubenholz, sondern dem Engrosverkauf überhaupt droht. Das Rundschreiben definiert den Begriff Engrosverkauf im grundsätzlichen Widerspruch mit der Definition, die im Umsatzsteuergesetz, wie in den Ausführungsbestimmungen, enthalten ist. Nach einer regen Diskussion beschloss die Kommission einstimmig, entsprechende Schritte beim Finanzministerium und dem Finanzausschuss vorzunehmen.

Ad 2 wurden die Geschäftsführer der bestehenden Wirtschaftsverbände als Sachverständige zur Kommission delegiert.

Ad 3 a) referierte Herr Dr. Rawski. Er wies darauf hin, dass der Begriff Kommissionsgeschäft sehr dehnbar und im Handelsgesetzbuch, wie auch im Gesetz über die staatliche Umsatzsteuer definiert ist. Trotz der dort enthaltenen Voraussetzungen wird das Kommissionsverhältnis durch die Finanzämter ganz verschieden beurteilt und die Annahme liegt in deren freien Ermessen. Eine Vereinheitlichung in dieser Hinsicht ist notwendig. Es wurde beschlossen, entsprechende Schritte zu unternehmen.

Ad 3 b) wies der Obige darauf hin, dass eigentlich die Kommissionäre, welche den Export fördern, auch von der Umsatzsteuer befreit werden sollten; denn bei Gewährung von Steuererleichterungen, bezw. Steuerbefreiungen beim Export, war es Absicht des Gesetzgebers, den Export zu fördern, was doch auch durch die Tätigkeit des Kommissionärs in diesem Falle geschieht. Das Ministerium steht jedoch auf einem anderen Standpunkt. Der Referent schlug vor, auch in dieser Angelegenheit entsprechende Schritte zu unternehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung wurde vertagt.

Festsetzung der Normen des durchschnittlichen Einkommens bei Unternehmen, die keine Handelsbücher führen.

Am 6. Juni cr. fand im Finanzausschuss Katowice eine Sitzung der Sachverständigen der einzelnen Branchen zwecks Festsetzung von Normen des durchschnittlichen Einkommens statt.

Wie bekannt, bedienen sich die Schätzungskommissionen bei Ermittlung des Einkommens zur Veranlagung der Einkommensteuer bei Unternehmen, die keine Handelsbücher führen, Normen, die auf Grund des Rundschreibens Nr. 40 vom 29. Mai 1925 L. D. P. O. 2062/II durch das Finanzministerium festgesetzt wurden. Diese Normen wurden auf Grund der damals herrschenden Verhältnisse aufgestellt und weichen grundsätzlich von den jetzt herrschenden Verhältnissen ab. Im allgemeinen sind sie durchaus zu hoch gezogen und die einzelnen Branchen unbedingt zu hoch eingeschätzt. Besonders schwer trifft dies den Kleinhandel und überhaupt Unternehmer, die keine Handelsbücher führen. Wie sich im Laufe der Zeit erwiesen hat, bedrohten und ruinferten diese Normen, sogar infolge der zu hohen Veranlagung der Einkommensteuer manche Unternehmen. Seit längerer Zeit stellten die Wirtschaftsorganisationen an das Finanzministerium das Ersuchen, diese Normen zu ändern und neue Sätze, die an die geänderten Wirtschaftsverhältnisse angepasst sind und der Tatsache entsprechen, festzusetzen. Das Finanzministerium sah ein, dass eine Änderung in dieser Hinsicht notwendig ist und veranlasste die Finanzkammern bzw. die Finanzausschüsse, neues Material zu sammeln.

In der Sitzung vom 6. Juni cr. beim Finanzausschuss berieten die Vertreter der Wirtschaftsorganisationen und Delegierte der einzelnen Branchen über die neuen Vorschläge. Die neuen Vorschläge werden durch den Finanzausschuss in Katowice dem Finanzministerium übermittelt. Insbesondere wurden niedrigere Sätze vorgeschlagen und gleichzeitig keine festen Normen, sondern Orientierungssätze, die eine Spannung vorsehen, in welchem Rahmen die Schätzungskommissionen diese anwenden können — festgesetzt.

Vereinigung der Bierverleger und Kommissionäre in Polnisch-Schlesien.

Am 28. Mai cr. fand die Generalversammlung des Verbandes statt. Gegenstand der Sitzung war Konzessionierung des Biergrosshandels und Stellungnahme dazu. Nach einem ausführlichen Referat durch Herrn Dr. Lampel wurde beschlossen, gemeinschaftlich mit der Brauerei Tycty eine Versammlung einzuberufen, um gemeinsam darüber zu beraten.

